

Wien, am Freitag, den 9. Mai 1930

Freigabe der Hauptallee für Automobile zum ~~Traber~~ Derby. Der Wiener Trabrennverein hat beim Magistrat angesucht, zum Traberderby, das übermorgen Sonntag gelaufen wird, die Hauptallee für Automobile freizugeben. Der Magistrat hat dem Ansuchen entsprochen und die Hauptallee übermorgen Sonntag von halb zwei Uhr nachmittags bis acht Uhr abends vom Praterstern bis zur Rotundenallee für Automobile freigegeben. Motorräder sind jedoch von dieser ausnahmsweisen Bewilligung ausgenommen.

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 8. Mai 1930

Bürgermeister Seitz eröffnet um 17 Uhr die Sitzung. Es liegt folgender Dringlichkeitsantrag der Gemeinderäte Kunschak und Kollegen vor:

Der Klub der christlichsozialen Wiener Gemeinderäte hat wiederholt unter Hinweis auf die überaus schwierigen Verhältnisse im Wiener Wirtschaftsleben den Abbau beziehungsweise die Aufhebung einzelner Wiener Abgaben gefordert; zuletzt mit Dringlichkeitsantrag vom 13. September 1929. Seit letzterem Termin sind zwar die Ansätze einiger Abgaben gemildert worden, doch auch dies nur in ganz unzulänglichem Ausmass und zudem nur mit Gültigkeit für eine ganz kurze Spanne Zeit. Unterdess haben die Wirtschaftsverhältnisse eine neuerliche Verschlimmerung erfahren und nehmen einen Gang, der die ärgsten Befürchtungen für die Zukunft rechtfertigt.

Es muss auch heute wieder in Erinnerung gebracht werden, dass, die böartigen Wirkungen der städtischen Abgaben vorausahnend, Stadtrat Breitner in der Sitzung des Wiener Landtages vom 29. August 1922 die folgende Erklärung abgegeben hat:

"Allerdings soll auch bei diesem Anlasse ausgesprochen werden, dass diese Steuern, wie sie aus dieser Not in Massenfabrikation entstanden sind, natürlich bei Wiederkehr eines stabilen Geldwertes, der Ueberprüfung unterzogen werden müssen. Manche Belastung ist eben nur in einer Zeit sinkenden Geldwertes erträglich."

Diese Erklärung des Finanzreferenten Stadtrat Breitner hat bis nun, obwohl fast acht Jahre stabilen Geldwertes hinter uns liegen, keinerlei ernste Beachtung und Würdigung gefunden und dies, trotzdem der Ertrag der städtischen Abgaben von 83 Millionen Schilling im Jahre 1923 auf 193 Millionen Schilling im Voranschlag für 1930 gesteigert worden ist und sich die Wirtschaftslage in Wien stetig verschlechtert, so zwar, dass sie zur Zeit hart an der Katastrophe steht. Ist es schon unverständlich und unverantwortlich, dass die Steuerpolitik der Gemeinde Wien auf die Bedürfnisse des Wirtschaftslebens in keiner Weise Rücksicht nimmt, so wird dieses Verhalten dadurch auf den Gipfelpunkt der Unverantwortlichkeit getrieben, dass die Gemeinde in der gleichen Zeitperiode ungeheure Vermögenswerte angesammelt hat und die gleiche Methode weiter fortsetzt.

Einschliesslich der für 1930 vorgesehenen Summe von fünf Millionen Schilling beziffert sich der Aufwand für die seit 1923 durch die Gemeinde angekauften Gründe und Realitäten mit 50,671.764 Schilling.

Die Wohnhausbauten repräsentieren einen Vermögenswert von 573,720.886 Schilling, wozu noch die von 1930 vorgesehenen 90 Millionen Schilling zu rechnen sind, so dass bis Ende 1930 die Gemeinde auf dem Konto "Städtischer Hausbesitz" eine Vermögensvermehrung um 663,720.886 Schilling ausweisen wird.

Ausserdem haben die Kassenbestände der Gemeinde einschliesslich der Betriebsrücklagen und der Kredite an die städtischen Unternehmungen, so wie der Steuerrückstände die Höhe von nicht weniger als 89,525.837 Schilling erreicht. Die Gemeinde ist sonach auf den drei angeführten Budgetpos-

ten allein um 803,918.487 Schilling reicher geworden.

Es bedarf nicht erst einer tiefgründlichen volkswirtschaftlichen Ueberprüfung der obengeschilderten Zustände, um zu erkennen, dass die Absaugung so ungeheurer Geldmittel aus dem Wirtschaftsleben und deren Ueberführung in wirtschaftlich tote Vermögenswerte der Gemeinde als Wirtschaftsmord bezeichnet werden darf.

Eine gewissenhafte, nicht töricht nur auf die Bereicherung der Gemeinde abzielende städtische Finanzpolitik müsste mit dem bisherigen System rasch und gründlich brechen.

Eine den Erfolg verbürgende Aenderung des Systems müsste vor allem auf dem Gebiete der Finanzierung des städtischen Wohnhausbaues gesucht werden, und zwar dahingehend, dass die Kosten des Wohnhausbaues in Zukunft nicht mehr aus den laufenden Steuereingängen bestritten werden. Das effektive Erträgnis der Wohnbausteuer hat im Jahre 1929 ... 33,406.828 Schilling betragen. In diesem, jährlich sich steigernden Erträgnis ist die Verzinsung und Amortisation eines Baukapitals gegeben, das die Fortführung der städtischen Wohnbautätigkeit in dem für 1930 vorgesehenen Umfang für weitere fünf Jahre gewährleisten würde, und zwar ohne Heranziehung der laufenden Steuereinnahmen und ohne höhere Belastung der Mieter in den städtischen Wohnhausbauten.

Durch eine derartige Finanzierung des städtischen Wohnhausbaues würden jährlich rund 57 Millionen Schilling Steuereingänge frei werden und so die Möglichkeit geboten sein, zu einer gründlichen Revision des städtischen Abgabensystems ohne jedwede Beeinträchtigung der Aufgaben, welche die Gemeinde zu erfüllen hat.

Bei dieser Sachlage erscheint es ebenso dringlich wie notwendig, eine Revision der städtischen Abgaben dahin vorzunehmen, dass

- 1.) die vom Verfassungsgerichtshof als verfassungswidrig erklärte Nahrungs- und Genussmittelabgabe und ebenso auch die den Fremdenverkehr beeinträchtigende und das Ansehen der Stadt Wien als Fremdenstadt schädigende Fremdenzimmerabgabe unverzüglich ausser Kraft gesetzt,
- 2.) die Bodenwertabgabe von unverbautem Grund, die sich als ganz sinnlos erwiesen hat, sofort der schon seit Monaten in Aussicht gestellten Revision zugeführt,
- 3.) das Gesetz über die Einhebung und Verwendung der Wasserkraftabgabe ausser Wirksamkeit gesetzt,
- 4.) die Lustbarkeitsabgabe auf jene Fälle beschränkt, die nicht Bildungs- oder Künstlerischen Zwecken oder der körperlichen Ertüchtigung dienen,
- 5.) die Hauspersonalabgabe dahin umgebaut werde, dass die Steuerpflicht für die zweite im Haushalt verwendete Person und die Progression in der Skala behoben werden;
- 6.) das freie Ermessen bei Einreihung in der Abgabepflicht und bei Feststellung des Ausmasses der verschiedenen Abgaben beseitigt und
- 7.) die auf die Gehalts- und Lohnquote für in das Ausland ausgeführte Waren entfallende Fürsorgeabgabe rückvergütet werde.

Die Gefertigten stellen daher im Sinne des § 18 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien den dringlichen Antrag:

Der amtsführende Stadtrat der Verwaltungsgruppe II (Finanzen) wird beauftragt, mit aller Beschleunigung über das oben unter Punkt 1 bis 7 gestellte Verlangen dem Gemeinderat bzw. Landtag Bericht und Antrag vorzulegen.

Ohne Debatte werden angenommen die Ausführung der Wohnhausanlage X., Kudlichgasse (Kosten S 485.000) eines Ergänzungsbaues der Wohnhausanlage X., Neireichgasse-Windtengasse (Schilling 450.000) und der Ankauf zweier Häuser in der unteren Augartenstrasse durch die Gemeinde Wien.

Ueber-

St. R. Weber berichtet über das Einkommen mit der Gesiba bezüglich des Siedlungsbauprogrammes 1930.

GR. Millik (E. L.) übt Kritik an der Art der Ausführung bei den Siedlungsbauten auf dem Wiener-Berg. Die Arbeiten dort müssten statt in Maschinziegeln die im Winter der Erfrierung ausgesetzt sind, in Stampfbeton ausgeführt werden. Bei den Gesimsen ist kein Mauerwerksvorsprung, so dass das Wasser herunter-sickert und schwere Mängel in den Fundamenten entstehen. Die Stiegenaufgänge sind so schmal, dass die Möbel durch die Fenster in die Häuser transportiert

werden müssen. GR. Millik erinnert sodann daran, dass er bereits im Oktober 1927 darüber Klage geführt habe, dass die Fussböden, die eine bestimmte Firma der Gosiba geliefert hat schlecht sind und ausgewechselt werden müssen. Seine Einwände wurden von den damaligen Referenten als unstichhältig zurückgewiesen. Nun hat es sich aber später tatsächlich herausgestellt, dass in mehreren Häusern die Fussböden ausgewechselt werden mussten und neuer hat ein Angestellter dieser Firma, der entlassen wurde, den Chef der Firma in öffentlicher Berichtsverhandlung beschuldigt, dass er die Gemeinde Wien durch Lieferung von schlechtem Material um 100.000 Schilling betrogen habe (Hört! Hört bei der E.L.) Nun haben sich in diesem Prozess die beiden Parteien ausgeglichen aber für den Gemeinderat ... ist damit dieser Fall nicht erledigt es muss die Sache vielmehr restlos aufgeklärt werden (Lebhafter Beifall bei der E.L.)

St. R. Weber bemerkt zu den letzten Ausführungen des GR. Millik, dass die von diesem Redner erwähnte Firma zu der Gemeinde wie immer gearteten Beziehungen stand. Es handelt sich um die Firma Deutsch und Tuschl, der von ihrem Angestellten in der Gerichtsverhandlung vorgeworfen wurde, dass sie auch Holz verarbeite, das sich für ^{Fliesen} erster und zweiter Klasse nicht eignet, dass sie aber als Kontrahentin der Gemeinde Wien nur Fliesen erster und zweiter Klasse für die Gosiba zu liefern habe. Die beschuldigte Firma erklärte daraufhin, dass sie wegen dieser Anschuldigung die Klage gegen den Angestellten einbringen werde und da hat deshalb auch ^{das Anerbieten} des Richters einen Ausgleich herbeizuführen abgelehnt und erklärt auf eine gerichtliche Austragung der Angelegenheit bestehen zu müssen. Die Angelegenheit wurde schliesslich dahin erledigt, dass der Angestellte als Kläger seine Klage zurückgezogen und eine umfassende Ehrenerklärung abgegeben hat, des Inhalts, dass er diese Äusserung gegen diese Firma nur in der Erwägung des Prozesses vorgebracht hat, dass er sie zur Gänze zurückziehe, keinerlei Anhaltspunkte oder Tatsachen dafür anführen könne und die Firma bzw. den Firmainhaber um Entschuldigung bitte. St. R. Weber betont am Schlusse noch einmal, dass die Gemeinde Wien selbst mit der Sache nicht das geringste zu tun habe, und dass die Gemeinde keinen wie immer gearteten Schaden erleiden könne, da eine umfassende und wiederholte Kontrolle stattfindet (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

Der Referentenantrag wird angenommen.

GR. Schmidt referiert über die Erweiterung der Badeanlage durch Aufsetzen eines Stockwerkes und Ausgestaltung der bestehenden Baderäume im städtischen Volksbad XI., Geiselbergstrasse 54 mit einem Kostenerfordernis von 256.000 Schilling.

GR. Prinke (E.L.) weist darauf hin, dass Simmering das einzige Bezirk nur ein einziges Bad und kein Schwimmbad habe. Deshalb ist die vorgeschlagene Erweiterung vollkommen unzureichend. Es müsste zumal der Platz hierfür sehr geeignet ist, durch einen Zubau ein Schwimmbad geschaffen werden (Beifall b. d. E.L.)

GR. Körber (E.L.) spricht über das Bäderwesen im II. Bezirk. Er bedauert, dass die Badeverwaltung seinem seinerzeitigen Antrag nicht stattgegeben habe, gegenüber den E. Werken ein Bad zu errichten. Er beantragt, es möge an der Stelle am linken Ufer der grossen Donau, wo vor Jahren das Freibad gestanden hat ein ähnliches Bad errichtet werden. Gerade an dieser Stelle ereignen sich im Sommer viele Ertrinkungsfälle. Durch Errichtung dieses Bades würde dem Wildbaden ein Ende bereitet werden. Er beantragt auch an der Stelle am linken Ufer der grossen Donau, wo sich das Holzersche Strombad befunden hat, ein ähnliches Bad zu errichten. Dort wären auch Sandbäder möglich. Er ersucht seine beiden Anträge anzunehmen (Beifall bei der E.L.)

GR. Erban (E.L.) erinnert daran, dass nach einer Mitteilung der Rathauskorrespondenz in den letzten Tagen die Besucherzahl in den städtischen Bädern sich von Jahr zu Jahr steigere und dass der Bäderbetrieb vorteilhaft gestalte. Im Widerspruch zu dieser offiziellen Mitteilung hat St. R. Richter in der Ausschusssitzung erklärt, dass die Besucherzahl der Bäder eine sinkende ist. Wie lassen sich diese beiden Mitteilungen vereinen? Mit diesem angeblichen Sinken der Besucherzahl wurde die Verpachtung der beiden Bäder Nussdorf und in Stadlau an den sozialdemokratischen Arbeiterschwimmsportklub begründet, der für jedes dieser Bäder nur einen Pachtschilling von 50 Schilling pro Jahr zahlt (Hört! Hört bei der E.L.) Solche Verträge würden im übrigen auch in den Gemeinderat gehören. Es geht nicht an, dass man einerseits der Bevölkerung Sand in die Augen streut und von einem notwendigen Ausbau des Bäderwesens spricht und andererseits zwei Bäder einem sozialdemokratischen Verein überlässt. Wir müssen gegen diesen letzten Vorgang auf das schärfste protestieren (Lebhafter Beifall bei der E.L.)

GR. Schmidt bemerkt zu den Ausführungen des GR. Erban, dass das Sinken der Besucherzahl sich nur auf die Strombäder beziehe. Was speziell das Nussdorfer Bad betreffe, so habe er sich persönlich bemüht, dieses Bad zu erhalten, leider hat es nicht die notwendige Besucherzahl aufgewiesen und es musste daher ^{ebenso} wie das Bad in Stadlau die Betriebsführung dem Arbeiterschwimmsportklub übergeben werden, der sie auf eigene Kosten und Gefahr übernommen hat. Die Anträge Körber ersuchte er der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zuzuführen.

Der Referentenantrag wird angenommen und die beiden Anträge Körper der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

GR. Schneider referiert über den Neubau eines Teiles der Leebgasse und der Randstrassen beim städtischen Wohnhausbau X., Reichenbachgasse (Kosten 36.000 Schilling).

GR. Erbau (E.L.) führt Beschwerde darüber, dass noch heute, obzwar der Wohnhausbau in der Alserstrasse schon fix und fertig sei, das Gerüstholz am Hernalsergürtel liege und dort jeden Verkehr unmöglich mache. Hier müsste sofort eingeschritten und das Bauholz abgeführt werden.

GR. Schneider verspricht, diesen Wunsch an die zuständige Abteilung zu leiten.

Der Referentenantrag wird angenommen.

St. R. Kokrda berichtet über den Antrag, zur Durchführung einer Notstandsaktion für die Weinbautreibenden Wiens der Landesorganisation Wien des Verbandes der freien Arbeitsbauern Oesterreichs und dem Verbands der Wiener Landwirte einen Betrag von je 10.000 Schilling zu widmen. Diese Beträge sind erst dann auszuführen, wenn die Anträge der Organisationen über die Verwendung dieser Gelder die Genehmigung des Magistrates gefunden haben und die Organisationen haben auch über die Verwendung der Gelder dem Magistrat Rechnung zu legen.

GR. Hengl (E.L.) erklärt, dass diese Hilfe absolut nicht ausreichend ist. Die 20.000 Schilling machen nicht einmal ein Prozent des Schadens aus, den die Weinbauer erlitten haben. Dass die Aufteilung im vollen Einvernehmen mit der Landesorganisation Wien des Verbandes der freien Arbeitsbauern durchgeführt wurde, ist un wahr. Die Aufteilung 50:50 hat man von uns erpresst und wurde von uns unter Protest zur Kenntnis genommen. Dazu kommt noch, dass die Landesorganisation Wien des Verbandes der freien Arbeitsbauern zumindest in Wien mit wirklichen Bauern sehr wenig zu tun hat. Die Wiener Bauern sind in grösster Notlage; trotzdem werden ihnen keine Steuererleichterungen gewährt. Die Belastung der Bauern in N. Oesterreich macht kaum ein Viertel der Steuern aus, die sie in Wien zahlen müssen. Der Redner urgiert sodann zum Schlusse die gesetzliche Regelung des Markenschutzes für Wiener Weine durch die Wiener Landesregierung. ~~und~~ beantragt, den Betrag von 20.000 Schilling auf 50.000 Schilling zu erhöhen. Von diesem Betrag sollen 30.000 Schilling der Verband der Wiener Landwirte und 20.000 Schilling die Landesorganisation Wien des Verbandes der freien Arbeitsbauern erhalten. (Beifall).

In seinem Schlusswort erklärt St. R. Kokrda dass bezüglich der Aufteilung von einem Druck oder gar von einer Erpressung nicht die Rede sein könne.

Herr Dr. Hengl hat sich darüber mit dem Abg. Mentastiverständig Dr. Hengl selbst hat zuerst eine Aufteilung von 60:40 vorgeschlagen, sodass die Aufteilung wie sie jetzt geschieht, keine besondere Abweichung von seinem Vorschlag darstellt. (Beifall).

Nach einer tatsächlichen Berichtigung des GR. Hengl, dass er die Aufteilung nur unter Protest zur Kenntnis genommen habe, wird der Antrag Hengl abgelehnt und der Referentenantrag abgenommen.

GR. Kopriva beantragt den Gebarungüberschuss pro 1929 des Betriebes "Baustoffbeschaffung" im Gesamtbetrag von 301.744 Schilling mit dem Teilbetrag von 201.163 Schilling an den Betrieb "Wohnungs- und Siedlungswesen" und mit dem Teilbetrag von 100.581 Schilling an den Betrieb "Strassenerhaltung und Strassenbau" als Refaktie zu überweisen.

GR. Erbau (E.L.) verlangt die Auflassung der Baustoffbeschaffung. Sie ist eine Quelle der Korruption und der Skandale, die von Jahr zu Jahr immer mehr werden. Ohne die städtische Baustoffbeschaffung könnten die Baumeister das Material viel billiger bekommen und damit viel rationeller wirtschaften. (Beifall).

Nach der Erklärung des Referenten, dass die Baustoffbeschaffung unbedingt notwendig ist, wird der Antrag angenommen.

GR. Grolig berichtet über den Ankauf des Hauses Hermannsgasse Nr. 2. Die Gesamtkosten belaufen sich auf 118.000 Schilling.

GR. Uebelhör (E.L.) verweist auf das Haus Ecke Veronikagasse und Hernalser Hauptstrasse, das vorgebaut ist und eines der ärgsten Wiener Verkehrshindernisse bildet. Die Strasse wird durch dieses Haus auf nur wenige Meter eingengt, sodass die Strasse dort ein wahrer Schrecken für die Chauffeure ist. (Beifall).

GR. Ellend (E.L.) erklärt, dass durch den Ankauf des Hauses in der Hermannsgasse der dort seinerzeitig bestandene Durchgang von der Seidengasse zur Neubaugasse wieder möglich wird. Er verlangt die Wiedereröffnung dieses Durchganges. (Beifall).

Nach der Erklärung des Referenten, dass der vom GR. Ellend gewünschte Durchgang wieder eröffnet werden wird, wird der Antrag angenommen.

VI₂ obgm. Emmerling beantragt die genehmigte Bedeckung der im Wirtschaftsplan der städtischen Strassenbahnen für 1929 vorgesehenen Investitionen und Inventaranschaffungen im Betrage von 27 Millionen Schilling aufzuheben und gleichzeitig zu genehmigen, dass der hierfür tatsächlich ausgegebene Betrag von 23 Millionen Schilling mit einem Teilbetrag von 15 Millionen Schilling auf den Erlös der 30 Millionen Dollaranleihe und mit dem Restbetrag von 7 Millionen Schilling auf den Betriebskredit verwiesen wird. Ausserdem soll der am 24. Jänner

d. J. den Strassenbahnen bewilligte Betriebskredit von 9 Millionen Schilling auf 9 1/3 Millionen Schilling erhöht werden.

GR. Haider (E.L.) bemängelt, dass die städtischen Strassenbahnen, wie der Antrag nun zeigt, 4 1/7 Millionen Schilling an Investitionen und Inventarschaffungen erspart haben, trotzdem der Wagenpark und das übrige Inventar sehr reparaturbedürftig sind. Der Redner kommt sodann auf den 1. Mai zu sprechen und erklärt, dass die städtischen Angestellten wie die Schafe auf die Strasse getrieben werden. Er verliest eine Flugschrift, worin angekündigt wird, dass diejenigen, die nicht bei der Maifeier mitmarschieren, zur Verantwortung gezogen werden. (Rufe bei der Minderheit: Unerhört! Hoch die Freiheit! Das ist Terror!) So ähnlich ist es bei den Gaswerken und Elektrizitätswerken. Es wäre höchste diese Dinge abzustellen, da Zeit / es ist überdies auch einer so grossen Partei wie es die sozialdemokratische ... unwürdig ist, sich solcher Mittel zu bedienen. (Beifall).

Vizebgm. Emmerling erklärt, dass die verlangte Ueberweisung eine buchhalterische Massnahme ist. Was das von GR. Haider zitierte Flugblatt anlangt, so wurde es von den Laufburschen der städtischen Strassenbahnen für die 80 Laufburschen, die die Strassenbahn hat, geschrieben. Das hat mit der Direktion und mit dem Terror gar nichts zu tun. Bei der letzten Wahl erhielten die Sozialdemokraten in Wien 690.000 Stimmen und alle anderen Parteien zusammen nur 420.000 Stimmen. Es ist daher auch nicht von der Hand zu weisen, dass sich eine solche erdrückende Mehrheit auch in verschiedenen Unternehmungen bemerkbar macht. (Beifall).

Der Referentenantrag wird angenommen.

GR. Michal berichtet über Aenderungen der Verkaufszeiten für Vorverkaufskarten der städtischen Strassenbahnen. Die Fahrscheine sind bei der Abteilung für Kartenausgabe und Fahrbeginntigungen in der Rahlgasse 3 an Werktagen von 8 - 14 Uhr und an Samstagen von 8 bis 13 Uhr erhältlich. Bei den übrigen Verkaufsstellen zu den dort angekündigten Verkaufszeiten. Der Wertmarkenverkauf findet bei den Vorverkaufsstellen vom 28. eines jeden Monats bis einschliesslich 5. des darauffolgenden Monats statt. Bestellungen auf Zeitkarten werden bei diesen Verkaufsstellen an den letzten drei Tagen eines jeden Monats nicht mehr entgegengenommen.

GR. Scholz (E.L.) bemerkt, man sollte denken, dass durch den vorliegenden Antrag eine Verbesserung hinsichtlich des Kartenvorverkaufs durchgeführt wird, in Wirklichkeit beinhaltet aber der Antrag, dass die Vorverkaufshütten in der Zeit von 10 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags geschlossen bleiben. Diese Massnahme wird die Folge haben, dass 53 Invalide abgebaut werden. Man sollte wenigstens, wenn man schon die Vorverkaufshütten während des grösseren Teiles des Tages schliesst, den ganztägigen Vorverkauf bei den Stadtbahnhalttestellen

ermöglichen. Der Redner stellt den Antrag, die Direktion der städtischen Strassenbahnen zu beauftragen, die Fahrkartenverkaufsstellen der Stadtbahn als Vorverkaufsstellen auszugestalten. (Lebhafter Beifall bei der E.L.)

GR. Fischer (soz. dem.) beantragt, den Sondertarif für Fahrten in die Freudenu (Linie 80) auch an Wochentagen aufzulassen.

GR. Michal (soz. dem.) stellt im Gegensatz zu den Ausführungen des GR. Scholz fest, dass 35 Vorverkaufsstellen für die Bewohner der äusseren Bezirke morgens und abends offen bleiben, die Verkaufsstellen in den inneren Bezirken werden auch in den frequenzierten Vormittagsstunden geöffnet sein. Die Leute die durch die Einschränkung des Vorverkaufs bei einzelnen Stellen, welche nicht genug frequenziert werden entbehrlich werden, scheiden infolge Vollerfüllung der Dienstzeit entweder aus oder werden einem anderen Dienst in der Gemeinde zugeführt (Beifall).

Der Referentenantrag wird angenommen, ebenso der Antrag Fischer, der Antrag Scholz wird der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

St. R. Speiser berichtet über die Abänderung der Treuhandübereinkommen mit der Gesiba betreffend die Granitwerke Mauthausen und das Ziegelwerk Oberlaa.

GR. Gschladt bemerkt zunächst, er werde sich trotz der vom Abg. Danneberg an die Intellektuellen der Einheitsliste gerichteten Mahnung nicht davon abhalten lassen, zu sprechen, wann er dies für notwendig halte (Lebhafter Beifall b. d. E.L.) Der vorliegende Antrag ist eine Ungeheuerlichkeit, er bedeutet, dass man im Jahre 1928 bei der Fassung des ursprünglichen Beschlusses den Gemeinderat hingelegt hat. Man wollte damals der Bevölkerung das Uebereinkommen geniessbar machen, obzwar man wusste, dass die Unfallsrenten und Pensionslasten, die schon für die Vergangenheit 50.000 Schilling ausmachen schliesslich, wie dies heute geschieht der Gemeinde werden aufgelastet werden müssen. Die heutige Gemeindeverwaltung kommt einem wie der umgekehrte Midas vor. Was sie berührt zerfällt unter ihrer Hand in Staub und nichts. (Lachen bei der Mehrheit und Rufe: Lesen Sie doch Ihren Dringlichkeitsantrag, dort behaupten Sie das Gegenteil.) Die blühenden Unternehmungen, die Lueger geschaffen hat, haben Sie in eine Defizitwirtschaft hineingetrieben, die eigenen Betriebe müssen Sie am Schluss vergitschen oder sperren. Wir protestierten gegen den Vorgang, wie er hier geübt wird auf das allerlebhafteste und lehnen den Antrag ab (Lebhafter Beifall bei der E.L.)

St. R. Speiser bemerkt gegenüber den Ausführungen Gschladt, dass zur Zeit als das Uebereinkommen beschlossen wurde, nicht vorausgesehen werden konnte, ob die Gesiba die Pensionslasten und Unfallsrenten werde tragen können, da dies nicht der Fall ist, müssen sie von der Gemeinde übernommen werden. Was die städtischen Unternehmungen betrifft, so genügt der Hinweis darauf,

dass zur Zeit als ich das Referat übernommen habe, Verhandlungen geführt wurden, um das städtische Gaswerk einer Bank zu übergeben, dass wir die Unternehmungen von der früheren Verwaltung in durchaus keinen günstigen Zustand übernommen haben, es genügt der Hinweis auf den Zustand der Strassenbahnen in den Jahren 1918 und 1919 sowie der Hinweis darauf, dass die frühere Gemeindeverwaltung aus den Gemeindeunternehmungen sehr viel für die Kasse der Hoheitsverwaltung herausgeholt hat. Was wir alles der Bevölkerung ersparen, um zu zeigen wie unrecht GR. Gschladt mit seinen Anwürfen hat (Lobhafter Beifall bei der Mehrheit).

Der Referentenantrag wird angenommen.

Es wird sodann der Dringlichkeitsantrag Kunschak in Verhandlung gezogen. Die Dringlichkeit begründet St. R. Kunschak, der erklärt, dass die Minderheit sich sehr oft bemüht hat, Steuerermässigungen durchzusetzen, der Erfolg aber nur sehr gering war. Meistens wurde von der Mehrheit erwidert, dass an dem System nichts geändert wird. Die Wirtschaft hat sich aber ganz gewaltig geändert, leider nicht zu ihrem Vorteil. Das Wirtschaftsleben der Stadt steht vor schweren Erschütterungen und die/aus den geballten Gewitterwolken/ ist mit elementarer Gewalt an. Wer einigermaßen Verantwortlichkeitsgefühl besitzt gegenüber der Wirtschaft und dem damit verbundenen Interesse der Gemeinde, der muss Mittel und Wege suchen, um dieser Katastrophe vorzubeugen und dem Wirtschaftsleben neue Entwicklungsmöglichkeiten zu schaffen. Dass die Gemeinde nicht nur die Eignung hat, sondern auch die Neigung besitzen muss, wirtschaftsbefruchtend zu wirken, ist unbestritten. Unser Antrag sucht das Gewissen der verantwortlichen Mehrheit aufzurütteln und ersucht den städtischen Finanzreferenten, dem Landtag Bericht und Antrag vorzulegen. Ich glaube, dass dieses Ansinnen schon an sich höchst dringlich ist, weshalb wir die dringliche Behandlung unseres Antrages verlangen (Beifall).

Dem Antrag wird einstimmig die Dringlichkeit zuerkannt und St. R. Kunschak führt aus: In dem Antrag wurde auf eine Äusserung des St. R. Breitner aus dem Jahre 1922 verwiesen, die uns und der Oeffentlichkeit damals einigermaßen Beruhigung eingeflößt und den Glauben mitgegeben hat, dass die Gemeindesteuern nur Notstandsmassnahmen seien. Wir sind mit dieser unserer Auffassung und mit uns die ganze Oeffentlichkeit schwer enttäuscht worden. Aus den Notstandsmassnahmen ist ein System, ein Prinzip geworden, dass man mit einer kaum zu überbietenden Brutalität durchführt. Wir verlangen nun, dass St. R. Breitner endlich sein Versprechen der Einlösung zuführt: (Sehr richtig bei der Minderheit). Sie gehen bewusst an den Realitäten des Wirtschaftslebens vorbei, machen eine Finanzpolitik, die geführt wird von einem Menschen, der keine Kenntnis hat von den wirklichen Verhältnissen und der den Eindruck hervorrufft, als

als ob er plötzlich vom Mars herabgefallen wäre. Wir haben oft versucht bei St. R. Breitner Verständnis für unsere Forderungen zu erwecken, es ist aber alles an dem Starrsinn der Mehrheit gescheitert. Es sind in der Öffentlichkeit auch andere Töne angeschlagen worden und ist zu radikalen Methoden übergegangen worden. Schon vor Jahren hat es Demonstrationen von Gewerbetreibenden gegen die Steuerpolitik des Rathauses gegeben. In der letzten Zeit hat man sich auch ein Organisations- und Agitationssystem zurechtgelegt, um gegen dieses Steuersystem den Kampf zu führen. Jetzt spielt die Mehrheit die zartbesaitete Jungfrau, die entsetzt ist, ob des Tones, der in diesem Kampf angeschlagen wird. Sie stellen sich jetzt als Zöglinge einer höheren Töchterschule vor, die niemals ein Wasserchen getrübt haben, rümpfen die Nase und sagen unter einem solchen Ton kann man doch nicht ernstlich beraten und die Gemeinde kann sich doch nicht unter dem Druck der Strasse stellen, Das letzte Argument passt Ihnen ganz besonders auf den Leib, haben Sie doch von 1918 bis jetzt mit dem ehernen Trit der Arbeiterbataillione Parlament und Regierung einzuschüchtern versucht, Sie regen sich auch darüber auf, dass in diesem Saal manch lautes Wort fällt. Man kann sich schon vorstellen, dass es nicht zu den guten Sitten des Gemeinderates gehört, wenn sich beispielsweise ein Mitglied der Mehrheit die Äusserung leistet, er werde die Arbeiter in den Saal hereinrufen, damit sie die Opposition abwatschen. Sie haben also das Abwatschen der Minderheit in den Knigge des Wiener Gemeinderates aufgenommen. (Zustimmung bei der Minderheit). Da dürfen Sie sich nicht wundern, wenn ^{es Ihnen} aus dem Wald so entgegenhallt, wie Sie hineinrufen. Ihr Klubobmann hat auch die Erklärung abgegeben, dass man auch ohne den Gemeinderat verwalten könne und die Minderheit den Gemeinderat mehr brauche, als die Mehrheit. Wir nehmen das zur Kenntnis und versichern Ihnen, dass dies nicht die geringste Wirkung auf uns hat (Beifall bei der Minderheit). Wir werden unser Verhalten hier so einrichten, wie es unser Gewissen vorschreibt, auch wenn Sie uns mit diktatorischen Massnahmen drohen. Es handelt sich hier um ein gemeinsames Interesse, das Mehrheit und Minderheit zusammenführen müsste zur Sicherung des Wirtschaftslebens in Wien. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit). Diese Sicherung ist notwendig im Hinblick auf die Arbeiter und Unternehmer, denn die zu Ruinen gewordenen Fabriken bedeuten nicht nur das Grab für die Besitzenden, sondern auch ein Massengrab für tausende Arbeiter und Angestellte. Diese gemeinsamen Interessen heissen schliesslich auch Wahrung der Interessen der Gemeinde. Sie können aus diesem Wirtschaftsleben noch eine Zeitlang Squeeze herauspressen, aber eines Tages wird die Kuh ausgemolken sein und die Gemeinde ist mit Ihrem Latz zu Ende. Unser Antrag ist ein neuerlicher Appell, der sich in legaler Form vollzieht. Ich hoffe, dass wir nicht genötigt sind, die Dringlichkeit in absehbarer Zeit zu wiederholen, da in absehbarer Zeit die Voraussetzungen

Gemeinderatssitzung vom 9. Mai 1930. XI. Blatt
ganz andere geworden sein dürften. (Stürmischer Beifall).
St. R. Rummelhardt (E. L.) bemerkt, die Mehrheit habe nicht das moralische Recht
an der Minderheit Kritik zu üben. Wenn man sich an die Politik der heu-
tigen Mehrheit in der Vorkriegszeit erinnert, muss man sagen, dass die heuti-
ge Opposition gegenüber der Opposition von damals eine noble ist. Die Sozial-
demokraten ~~haben~~, dass sie damals geknebelt wurden. Wir sind heute
in keiner anderen Lage. Wir können beantragen was wir wollen, wir werden
brutal niedergestimmt. Heute verkünden die Sozialdemokraten pompös das
Recht der Mehrheit. Aus sehr ernstem Mund wird heute der Wunsch laut, dass
die Mehrheit im Sinne der Gerechtigkeit sobald wie möglich die Herrschaft
in diesem Saal niederlegen sollen. Aus dem Prozess über die Währinger Wahlen
geht hervor, dass Sie viele Stimmen in Wien sich erschwindelt haben. Ein
Teil von Ihnen ist vollständig zu unrecht in diesem Saal (Lebhafter Beifall
und Händeklatschen bei der Minderheit). Was nun Ihr Steuersystem betrifft,
so haben Sie damit 80 Prozent der Gewerbetreibenden zugrunde gerichtet und
die Fallisiments und die Arbeitslosigkeit belasten Ihr Gewissen. Sie sind
die Totengräber der Wirtschaft aber auch die Totengräber der Demokratie.
Ihre Sozialdemokratie ist Bolschewikentum. Sie sind Gewaltbolschewiken mit
den unanständigsten Mitteln. Doch Sie sehen, dass sich bereits in der Bevöl-
kerung sehr bedenkliche Zeichen des Widerwillens gegen Ihre Verwaltung be-
merkbar machen. Ich erkläre Ihnen ganz offen, dass mir jede Diktatur lieber
ist als jede noch so freie demokratische Verwaltung, wenn sie von Ihnen aus-
geübt wird. In der
letzten Zeit wird ein Zusammenbruch nach dem anderen bekannt, die Arbeits-
losen Arbeiter müssen ins Ausland wandern. Wenn Sie die bodenständigen Arbei-
ter verjagen, wird dann der karge Rest der Wirtschaft nur von Eingewan-
derten noch gehalten werden, denn Ihre Politik ist es, die für das boden-
ständige Gewerbe das grösste Hindernis ist. Wir haben verlangt, dass der Wohn-
bau mittels einer Anleihe durchgeführt werden soll. Ihre Wohnbautätigkeit
soll doch zumindest allen praktischen Bedürfnissen entsprechen. Dem ist aber
nicht so. Auch das ästhetische Gefühl wird durch verschiedene Bauten verletzt.
So ist z. B. das Haus in der Schösselgasse ein Zeichen Ihres Geschmackes.
Das Haus ist eine unerhörte Geschmacklosigkeit und eine Provokation der
bürgerlichen Bevölkerung. Der Architekt, der das Haus erbaut, heisst Poppo-
viz (St. R. Weber : Ein Urwiener) Sein Geschmack aber ist nicht urwienerisch,
er ist bolschewikisch. (Gelächter bei der Mehrheit). Ich sage Ihnen noch-
mals halten Sie Einkehr. Und wenn uns hier zugerufen wird, dass die Wahlen
entscheiden, dann sagen wir Ihnen, wir erwarten die Wahlen so ~~schon~~ als
möglich. (Beifall bei der E. L.)

St. R. Breitner: Der Dringlichkeitsantrag stellt in tiefeinschneidender Weise die ganze Gemeindepolitik zur Erörterung und wünscht eine Reihe von Massnahmen, die in ganz ausserordentlicher Weise das Budget und die Gohabung der Stadt beeinflussen müssen. Es ist bei einer Redezeit von 20 Minuten unmöglich in der notwendigen gründlichen und ernstesten Weise auf dieses ausserordentliche wichtige Thema einzugehen. Wenn GR. Kunschak gemeint hat, es handle sich kaum um eine politische Frage, sondern um die Sicherung des Wirtschaftslebens in dieser Stadt, um eine Frage, die in ruhigen Zeiten von Mehrheit und Minderheit erörtert werden könnte, so kann man nur sagen, es wäre sehr gut, wenn dem so wäre, wenn man sich über diese wirtschaftlichen Fragen in ruhiger und sachlicher Weise auseinandersetzen würde. Dann käme man vielleicht dazu festzustellen, dass das Wirtschaftsleben dieser Stadt und des ganzen Landes unmöglich diese sonntägigen Aufmärsche grosshalten kann (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit - Stürmische Zwischenrufe bei der Minderheit: Was ist es mit den Schutzbundaufmärschen? Was war am 15. Juli?), dann müsste man sich in der Meinung zusammenfinden, dass die Drohungen mit illegalen Mitteln und zwar nicht ausgehend von irgendwelchen unverantwortlichen Personen, sondern von solchen die in der Verwaltung dieses Landes eine ganz besonders gehobene Stellung einnehmen, die schlechtesten Präliminarien für ein Land sind, dass auf ausländischen Kredit angewiesen ist (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei der Mehrheit) das gerade jetzt eine Anleihe sucht, die zur Belebung unserer Wirtschaft unumgänglich notwendig ist. Wenn GR. Kunschak meint, es handle sich jetzt nur darum, dass die Mehrheit den Willen der Minderheit zu erfüllen hat, so kann dieser Grundsatz von uns nicht anerkannt werden. Wohl werden wir uns aber dem anderen Grundsatz nie entziehen und haben uns ihm nie entzogen, über diese Dinge ernst und ruhig zu sprechen. Täte man das, so wäre man darin einig, dass solche Drohungen, um nur eines herauszugreifen den Fremdenverkehr selbstverständlich unendlich mehr schädigen müssen als die Aufhebung der Fremdenzimmerabgabe (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei der Mehrheit). Dann müsste man auch über die Zollpolitik sprechen und würde daraufkommen von welcher unendlicher Bedeutung sie für unsere Wirtschaft ist. So aber haben wir diesen Dringlichkeitsantrag. Die Minderheit hat am 25. September 1929 einen ähnlichen Antrag gestellt. Da ist es ganz interessant festzustellen wie innerhalb eines Zeitraumes von wenig mehr als einem halben Jahre sich auf der anderen Seite die Anschauungen verändert haben, Damals haben Sie verlangt,

dass die Nahrungs- und Genussmittelabgabe auf die Hälfte herabgesetzt wird, heute sind Sie bereits bei der vollständigen Streichung. Damals haben Sie gewünscht, dass die Lustbarkeitsabgabe auf die Hälfte herabgesetzt wird, heute wählen Sie eine Formulierung, die eigentlich der Aufhebung dieser Steuer gleichkommt. Damals haben Sie die Aufhebung der Wertzuwachsabgabe für Realitäten die vor dem 1. Dezember 1928 erworben worden sind, die Herabsetzung der Feuerversicherungsabgabe, die Aufhebung des Verzögerungszuschlags verlangt. Von all dem ist heute keine Rede. Ein Beweis dafür, wie wechselvoll Ihre Anschauungen sind. Immer aber stützen Sie sich darauf, dass im Jahre 1922 hier erklärt worden ist, dass man in ruhigen Zeiten, die damals gemachten Steuern einer Ueberprüfung unterziehen müsse. Ich kann feststellen, dass wir auch nach diesen Worten gehandelt haben (Lachen und Zwischenrufe bei der Minderheit). Sämtliche Steuern, bis auf die Hundeabgabe, sind einer malchen Ermässigung unterzogen worden. Wenn Sie aber meinen, dass die Worte von damals bedeuten, dass alle diese Steuern zu verschwinden haben, so würde das nichts anderes besagen, da man ohne Steuern ja nicht wirtschaften kann als dass man zum Steuersystem der Vergangenheit hätte zurückkehren müssen. Das wäre für uns einträglich und einfach gewesen. Denn aus den valorisierten Mietzinsen würde die Gemeinde Einnahmen von 184 Millionen, aus der Verzehrungssteuer 14 Millionen, aus den Monopolbetrieben nach den heutigen Umsätzen 74 Millionen ziehen, das sind 237 Millionen, (Hört! Hört! bei der Mehrheit) während nach Ihren eigenen Angaben unsere derzeitigen Einnahmen 193 Millionen ausmachen. Dass wir also die Steuern in der Inflationszeit nicht einfach abschaffen konnten, wenn wir die anderen, die Sie eingehoben haben, nicht einführen, ist selbstverständlich aber wir haben sie überprüft, wir haben sie ermässigt. Wir haben einzelne Abgaben, wie die Untermieterabgabe und die Besteuerung der Lastkraftwagen aufgehoben. Wir haben die Fremdenzimmerabgabe für die Masse der Mieter von 35 Prozent auf 6 ein Viertel Prozent herabgesetzt; die Höchststeuer die in Wien möglich ist, ist 12 ein halb Prozent und diese Höchststeuer wird nur von 5 Hotels gezahlt (Hört! Hört! bei der Mehrheit). Wir haben die Lustbarkeitsabgabe von Poesie und Oper von 9 auf 4 Prozent, für Operetten von 23 auf 6 Prozent (Hört! Hört! bei der Mehrheit), die Steuer für Kinos von 28 ein halb stufenweise bis auf 5 Prozent herabgesetzt.

991

Bei Sportveranstaltungen, die nicht mehr als 2000 Schilling Einnahmen haben wurde die Steuer von 26 auf 10 Prozent herabgesetzt - das sind 80 Prozent aller Veranstaltungen, die Steuer für Varietes wurde von 23 auf 15, für Konzerte von 9 auf 7, für Lichtbilderverführungen von 7 auf 3 Prozent herabgesetzt. Nur die Boxkämpfe und die Wettrennen haben noch die alten Sätze. Die Wertzuwachsabgabe beim Altbesetz wurde von 10 auf 6 Prozent, heruntergesetzt, in den anderen Kategorien so, dass eine Reduktion von 40 bis 66 Prozent eingetreten ist. Die Fürsorgeabgabe wurde von 4 ein Viertel auf 4, bei den Banken und Kreditinstituten von 8 ein halb auf 6 herabgesetzt, bei der Kraftwagenabgabe ist bei der grössten Anzahl der Wagen eine Ermässigung bis auf 60 Prozent der ursprünglichen Besteuerung eingetreten. Von der Wohnbausteuer wurden gemeinnützige Anstalten befreit und alle Neu- Zu- und Um- und Aufbauten der letzten Jahre sind 30 bzw. 20 Jahre gänzlich steuerfrei. Die Feilbietungsabgabe wurde von 7 auf 5, der Verzögerungszuschlag von 25 auf 10 herabgesetzt, bei der Nahrungs- und Genussmittelabgabe wurden 20 Prozent für Investitionen freigegeben und die Inseraten- und Plakat-abgabe auf ein volles Drittel ermässigt. Sie können also nicht behaupten, dass wir unsere Zusage nicht eingelöst hätten. Allerdings ist nicht alles der Wirtschaft zugute gekommen. Die Banken haben trotz der Herabsetzung der Fürsorgeabgabe die Konditionen nicht ermässigt, die Zeitungen die Inseratenabgabe nicht herabgesetzt. Es wird uns vorgeworfen, dass die Gemeinde Vermögenswerte angesammelt habe. Zu dieser Schuld bekennen wir ohneweiters und es ist für denjenigen, der diese Stadt liebt wahrhaftig kein unerträglicher Gedanke, dass Häuser, die früher den Herren Frankel, Drasche oder der Bäderkreditanstalt gehört haben, jetzt im Eigentum der Gemeinde stehen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei der Mehrheit). Es wird uns vorgehalten, dass die Gemeindesteuern in den Jahren von 1923 auf 1930 von 83 auf 195 Millionen gestiegen sind. Was steht dem gegenüber? Der Personalaufwand war im Jahre 1923 - 78 Millionen, im Jahre 1930 - 176 Millionen, das Wohlfahrtswesen hat im Jahre 1923 - 25 Millionen, im Jahre 1930 - 101 Millionen erfordert (Hört! Hört! bei der Mehrheit). Der Finanzminister des Bundes wäre nicht in der Lage eine so reichhaltige Liste von Steuerermässigungen vorzulegen (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit). Auch beim Bund haben sich Steigerungen vollzogen. Das Tabakmonopol hat im Jahre 1923 - 119 Millionen

getragen, im Jahre 1930-22 Millionen (Hört! Hört! bei der Mehrheit) das Salz im Jahre 1923 519 Millionen, im Jahre 1930 14 einhalb Millionen, die allgemeine Erbssteuer ist von 14 auf 58 Millionen gestiegen (Stürmische Hört! Hörtrufe bei der Mehrheit) die Zuckersteuern von 5 auf 26 Millionen (Hört! Hört! bei der Mehrheit) die Warenumsatzsteuer von 55 auf 252 Millionen (Stürmische Hört! Hörtrufe bei der Mehrheit) die Zölle von 299 auf 278 Millionen. Allerdings ist die Börsenbesuchsabgabe von 1,400.000 auf 700.000 Schilling zurückgegangen (Hört! Hört! bei der Mehrheit). Es wird gesagt dass die Nahrungs- und Genussmittelabgabe ruinös sei. Im Jahre 1929 sind in Oesterreich 150 Gastwirte Kaffeesieder und Zuckerbäcker in Ausgleich gegangen davon nur 14 in Wien (Stürmische Hört! Hörtrufe bei der Mehrheit) 48 in Konkurs, davon 9 in Wien. Am 28. Jänner 1927 hat hier GR. Kunschak erklärt, mit den Lokalen der Schieber möge man machen was man wolle. Wer bei Sacher speist, kann 15 Prozent mehr zahlen. Jetzt verlangt man, dass die Lustbarkeitsabgabe zur Gänze aufgehoben wird. Die Dinge so darzustellen, als ob die Fremdenzimmerabgabe eine reine Wiener Angelegenheit oder wie Sie behaupten eine bolschewistische Angelegenheit sei ist ganz unzutreffend, die Steuer wird auch in anderen Ländern eingehoben, in Niederösterreich haben z.B. die Gemeinden das Recht, die Steuer bis zu 50 Prozent einzuheben, Frankreich hat eine solche Abgabe in einem um 50 Prozent höheren Ausmass als in Wien, Italien hat und die Tschechoslowakei hat eine 10prozentige Abgabe usw. Was die Bodenwertabgabe betrifft, so bedauern wir, dass wir überhaupt zu ihrer Einführung gezwungen waren, weil man uns im Zuge der Abgabenteilung überfallsartig neue Ausgaben, die Zahlungen für die Kleinrentnerfürsorge auferlegt hat. Wir wissen heute noch nicht, wieviel wir zu zahlen haben und können daher diese Abgabe nicht novellieren. Was die Wasserkraftabgabe betrifft, so habe ich schon wiederholt erklärt, dass wir damit die Teile des Darlehens, die die Wag bekommen hat, ausser Verzinsung setzen und dass sich ihre Abschaffung im Strompreis gar nicht ausdrücken würde. Uebrigens haben andere Länder derartige Abgaben in einem weit höheren Ausmass, Niederösterreich im Ausmass von 10 Prozent, Graz von 15 Prozent, Leoben 20 Prozent, ebenso wie die Gasabgaben in den anderen Ländern weit höher sind als bei uns.

St. R. Breitner beendet hierauf, da die Redezeit von 20 Minuten abgelaufen ist, seine Ausführungen. Er meldet sich nochmals zum Wort.

GR. Dr. Högl (E.L.) erklärt, dass nicht die Bürgerlichen mit der Beunruhigung der Bevölkerung begonnen haben. Wer hat am letzten Sonntag in St. Pölten Unruhe gestiftet? (Rufe bei der Mehrheit: Vaugoin) Nein, der Wiener Schutzbund. Und im Jahre 1927 hat sich niemand darum gekümmert um die Ruhe in dieser Stadt, hat sich niemand gekümmert was die Fremden machen. Jetzt auf einmal ist St. R. Breitner um die Ruhe besorgt. Der Redner verweist auf die Schwierigkeiten, mit denen die landwirtschaftlichen Betriebe und die Huer Wiens zu kämpfen haben. Er spricht von der Bodenwertabgabe, wobei er erklärt, dass wir keinen geregelten Grundstückmarkt haben und die Bewertung der Liegenschaften daher grosse Kalamitäten bereite. Die Bodenwertabgabe ist ein Schritt zur Sozialisierung, sie ist ein schweres Hemmnis der Wirtschaft, die zum B. die Sportorganisationen ganz erschlagen hat. Die Nahrungs- und Genussmittelabgabe trifft die weitesten Kreise der Bevölkerung. Mit dieser Steuerpolitik tragen Sie künstlich zur Verdorfung Wiens bei. Die wirtschaftliche Lage ist trostlos und die von der Nahrungs- und Genussmittelabgabe betroffenen Betriebe befinden sich in einem glänzenden Elend. Die Nahrungs- und Genussmittelabgabe kann in den wenigsten Fällen überwältigt werden, und alle diese Dinge tragen dazu bei, dass wir fast 4000 Arbeitslose im Gastgewerbe haben. Besonders schlecht ist die Lage der Weinbauer. Den Weinbauern nützt keine Förderung, wenn sie ihre Erzeugnisse nicht einmal zu den Gestehungskosten verkaufen können. Es wäre höchste Zeit, wenn Sie mit dieser unseligen Verknechtung der Wiener Bevölkerung endlich Schluss machen würden und an Stelle des heutigen Steuersystems ein anderes setzen, das den Wünschen der Bevölkerung und der Wiener Wirtschaft entgegenkommt. (Beifall bei der E.L.)

GR. Ellend (E.L.) erklärt, dass die Stadtverwaltung sich bemühen müsse, im Einvernehmen mit der Privatwirtschaft ein Programm zu schaffen, das den wirtschaftlichen Bedürfnissen Rechnung trägt. Ihr Steuersystem aber, das Sie jetzt durchführen, nimmt auf die Bedürfnisse der Wirtschaft keine wie immer geartete Rücksicht. Die Zirkulation des Geldes stockt, daher keine Investitionen, daher die riesige Arbeitslosigkeit. Wir müssen der Wirtschaft die Möglichkeit geben, sich billige Kredite zu verschaffen, damit sie investieren kann. Wir sind heute soweit, dass Steuerermässigungen der Wirtschaft nicht mehr helfen können. Der Redner kommt dann auf die Aufmärsche zu sprechen, wobei er erklärt, dass alle Aufmärsche, die von der Heimwehr durchgeführt wurden, im Gegensatz zu denen des Schutzbundes noch niemals einen bedrohlichen Charakter angenommen haben. Ihrem System, alles zu bolschewisieren, muss endlich ein Ende gesetzt werden und wir Gewerbetreibenden werden alles aufbieten, dass der Wirtschaft endlich die entsprechenden Verdienstmöglichkeiten geboten werden, und wir werden uns weiter bemühen, in dieses Haus eine andere Mehrheit hereinzubringen. (Beifall).

GR. Zimmerl (E.L.) erklärt, dass die Minderheit die Entwicklung der Wirtschaft unter dem sozialdemokratischen Steuersystem vorausgeahnt habe. Leider sind alle Befürchtungen eingetroffen. Die Lage ist heute trostlos, die Unternehmer sind bankerott, wir haben eine Massenarbeitslosigkeit und ein tiefes Elend. Wir verlangen die Abschaffung der Nahrungs- und Genussmittelabgabe, weil sie vom Verfassungsgerichtshof als Verfassungswidrigkeit erklärt wurde. Sie beeinflusst auch im höchsten Masse und sehr ungünstig den Fremdenverkehr, sie ist die umstrittene Abgabe überhaupt. Die Fremdenzimmerabgabe bedeutet für die Fremdenindustrie den grössten Schaden, und es gibt keine bedeutende Stadt, die eine Fremdenzimmerabgabe einhebt. Die Wasserkraftabgabe ist eine doppelte Bereicherung. Die Bodenwertabgabe ist sinnlos und sie müsste ehestens novelliert werden. Die Lustbarkeitsabgabe hat das gesellige Leben der Stadt zerstört und das Kunstleben Wiens in die ärgste Gefahr gebracht. Das freie Ermessen ist steuerrechtlich unmoralisch. Breitner hat von Steuerermässigungen gesprochen. Entscheidend für die Steuerermässigungen ist die Auswirkung, und da finden wir, dass trotz der Ermässigungen die Steuereingänge immer höher werden. (Hört! Hört! Rufe bei der E.L.) Breitner hat den Bund zum Vergleich herangezogen. Nun da kann ich ihm schon sagen, er möge auf seinen 50prozentigen Anteil verzichten, und der Bundesfinanzminister kann die Steuern um 50 Prozent herabsetzen. Breitner hat der Wirtschaft gegenüber keine freundliche Geste angewendet, deshalb muss der Kampf gegen dieses System, wie es hier geübt wird, weitergehen. (Stürmischer Beifall).

St. R. Breitner: Der Antrag begehrt die Befreiung der zweiten Hausgehilfin von der Abgabe. Dazu ist zu sagen, dass wir in Wien 650.000 Haushalte haben, davon sind aber nur 6331 abgabepflichtig. Von diesen 6331 Haushalten haben 4950 zwei Hausgehilfinnen, zahlen also nur 50 Schilling im Jahr. Die Befreiung der Betriebe von der Fürsorgeabgabe, wenn sie Waren ins Ausland führen, ist in der Auswirkung nicht abzuschätzen. Wenn der Antrag ernst gemeint ist, dann müsste die Minderheit entsprechendes Material vorlegen. Sie müsste aber auch im Nationalrat die Befreiung der Exportindustrie von der Erwerbssteuer verlangen. Es geht jedoch nicht an, dass ein einziges Bundesland solche Steuerbefreiungen vornimmt. Wir haben hier die Förderung des Russlandexports beschlossen und die Minderheit hat das als eine bolschewikische Aktion hingestellt. Man kann also kaum sagen, dass solche Anträge ernst zu nehmen wären. Seit Jahren verlangt die Minderheit eine andere Finanzierung des Wohnhausbaues.

Hätten wir Ihren Rat befolgt und die Wohnbauten mit einer Anleihe finanziert, die mit Hilfe der Wohnbausteuer verzinst und getilgt worden wäre, dann stünden wir heute schon vor dem Ende. Wir könnten überhaupt keine einzige Wohnung mehr bauen. Wir werden uns nicht zu den Methoden des Kapitalismus bekennen und Mietzinse verlangen, die für die Mehrheit der Bevölkerung unerschwinglich sind. Darin besteht der grosse Gegensatz zwischen Mehrheit und Minderheit. Sie kommen mit ihren Anträgen auf Steueraufhebung in einer Zeit, in der durch eine neue Abgabenteilung die Gemeinde vor einer schweren Krise steht. Solange die Abgabenteilung nicht ernst erledigt wird, kann von Steuerermässigungen in der Gemeinde keine Rede sein. Niemals haben wir uns starrsinnig der Notwendigkeit von Steuerermässigungen erschlossen und erst zu Beginn des heurigen Jahres abermals eine Reihe von städtischen Abgaben herabgesetzt. Von unserem System, das die Billigung von zwei Drittel der Wiener Bevölkerung gefunden hat, werden wir uns aber nicht abbringen lassen. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit).

Ich muss daher die Mehrheit bitten, den Dringlichkeitsantrag abzulehnen.

St. R. Kunschak erwidert, dass die Behandlung des Dringlichkeitsantrages deutlich zeigt, dass die Wünsche der Minderheit vollständig missachtet werden. St. R. Breitner hat betont, dass eine sachliche Auseinandersetzung über unsere Forderungen nur erwünscht sei, und die Mehrheit ihr nicht ausweichen werde. Durch die Ablehnung unseres Antrages ist aber die geschäftsordnungsmässige Behandlung unmöglich geworden. Der Antrag, unsere Vorschläge abzulehnen bedeutet nichts anderes als die Flucht vor einer ehrlichen Auseinandersetzung (Lebhafte Beifall bei der E. L.) Die Summe, die der Gemeinde durch die verlangten Steuerermässigungen entgingen, lässt sich leicht errechnen. Es sind keine 30 Millionen aber jedenfalls liesse sich von den 53 Millionen auf dem Gebiete der Finanzierung der Wohnhausbauten Ersparungen machen. (Lebhafte Rufe bei der Mehrheit: Iso es soll nichts gebaut werden). Wenn die durch den Krieg und Umsturz dezimierte junge Generation heraufkommt, wird sich selbstverständlich auch das Bild auf dem Wohnungsmarkt verändern müssen, es ist also damit zu rechnen, dass die Wohnungsnot ein natürliches Ende nimmt, insbesondere auch dann, wenn sich Ihr neuestes Programm, die Beratungsstelle zur Empfängnisverhütung ordentlich auswirkt. (Lebhafte Rufe: Sehr richtig bei der Minderheit). Was die Bemerkungen des St. R. Breitner über die einzelnen Abgaben betrifft, so spielt gewiss bei der Hauspersonalabgabe die vier Schilling im Monat mehr an sich keine Rolle, aber die Geschichte vom Tropfen, der das volle Fass zum Ueberfliessen bringt, hat auch für die Steuern ihre Gültigkeit. Nicht darum handelt es sich, dass Herr Rothschild etwas erspart, aber der Erfolg der heutigen Steuerpolitik ist, dass Herr Rothschild Steuern auf Kosten von armen Hausgehilfen entlassen werden. Eine ähnliche Wirkung hat auch die Bodenwertabgabe. Diese Abgabe hat schon zur Folge gehabt, dass Herr Rothchild und auch andere, um aus der Steuer herauszukommen die Handelsgärtnerei angemeldet haben und damit den armen Gärtnern Konkurrenz machen. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit). Wenn Herr Breitner behauptet, dass wir nicht auch beim Bund Steuerermässigungen verlangen, so muss man fragen, ob er geschlafen hat. Das verlangen wir seit langer Zeit und die Regierung hat sich auch dazu verpflichtet, sobald das Investitionskonto durch die Anleihe entlastet werden kann. Und was die höheren Eingänge an Einkommensteuer und Erwerbssteuer betrifft, so erklären sich diese daraus, dass zu einer Zeit, da der Steuerapparat des Staates zerstört war, die Steuervorschreibungen nicht rechtzeitig vorgeschrieben werden konnte, jetzt aber rechtzeitig vorgeschrieben werden, weshalb die Eingänge höher sind. Zum Schlusse sagt St. R. Kunschak die Ablehnung des Dringlichkeitsantrages ist wohl die brutalste Antwort die die Mehrheit geben kann. Eine Antwort, die nicht nur zeigt, dass Sie nicht wollen, sondern dass Sie den Wünschen der Bevölkerung um jeden Preis Trotz bieten. (Stürmischer Beifall und Hochrufe bei der E. L.)

Damit ist die Debatte erledigt. (Ausrufen)

Der Antrag wird unter stürmischen Beifall der Minderheit abgelehnt. Schluss der Sitzung 22 1/4 5 Minuten.